Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 265 × Mittwoch, 13. November 1935 43. Jahrgang

Italiens Antwort auf die Sanktionen

Weiterer Vormarsch der Italiener — Unruhiger Waffenstillstandstag in Frankreich — Der Reichsbauerntag zur Volksernährung

Vor dem 18. November

Der italienische Schritt

Nur wenige Tage trennen noch von dem Zeitpunkt, an dem die in Genf gegen Italien beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionen in Kraft treten sollen. Bekanntlich ist dafür der 18. November ausersehen. Nunmehr zeigt Italien aufs neue, daß es nicht gewillt ist, sich widerspruchslos dem Vorgehen der Völkerbundsstaaten zu fügen. Rom hat gestern in den Hauptstädten der Sanktionsländer eine Note überreichen lassen, die nicht nur einen Protest enthält, sondern zugleich auch weitgehende italienische Gegenmaßnahmen ankündigt.

Welcher Art die Gegenmaßnahmen im einzelnen sein werden, ist in der Note, die heute mittag in Rom veröffentlicht wurde, noch nicht gesagt. Einen Fingerzeig gibt aber eine Verordnung, die gestern in Rom veröffentlicht worden ist und die bestimmt, daß die meisten der nach Italien eingeführten Waren angabepflichtig sind. Das bedeutet, daß alle diese Waren einer besonderen Einfuhrerlaubnis bedürfen. Italien will also diejenigen Güter, die von den Sanktionen nicht betroffen werden, möglichst von der Einfuhr ausschließen. Gerade auf diese Waren legen aber die Sanktionsländer begreiflicherweise großen Wert, weil sie hier einen Ausgleich zu finden hoffen für die Verluste, die ihr Export nach Italien bei den Sanktionswaren erleidet.

Ganz offen droht Rom aber an, daß es gewillt ist oder wenigstens sich mit dem Gedanken trägt, seinen Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen, wenn es mit seinem Protest keinen Erfolg haben sollte. Im übrigen ist bemerkenswert, daß auch nach der Note Roms der Verhandlungsweg nicht versperrt ist. Denn Rom will Antwort haben, wie die einzelnen Regierungen sich zur Sanktionsfrage stellen.

In Paris und London ist man im übrigen übereinstimmend der Ansicht, daß der italienische Schritt die Lage weiterhin erschwere. Davon ist man sicherlich auch in Rom überzeugt, und daraus könnte man es erklären, daß zur gleichen Zeit der italienische Staatssekretär Suvich in einer Unterredung mit einem Vertreter des Pariser „Journal" überraschend freundliche Worte für England und Frankreich gefunden hat. Er hat davon gesprochen, daß man, wenn die „gegenwärtige Prüfung überstanden sei", versuchen müsse, nach Stresa zurückzukehren, um dort den englisch-französisch-italienischen Pakt wieder aufzurichten. Weiter hat er gesagt, man werde es erleben, daß das junge revolutionäre Italien sich „an die Seite Frankreichs und Englands, also an die Seite der konservativen Völker" stellen werde. Es ist freilich nicht anzunehmen, daß diese freundlichen Aeußerungen — vor allem in England — besonderen Eindruck machen werden, denn Suvich hat gleichzeitig zu erkennen gegeben, daß Italien nicht daran denkt, den abessinischen Feldzug vorzeitig einzustellen. Er hat vielmehr gefordert, man möge Italien in Abessinien „nur sechs Monate handeln lassen". Gerade das aber will England nicht. Weil London die augenblicklich bestehenden Tatsachen um Abessinien sehr viel wichtiger erscheinen als Zukunftsversprechungen, dürften also die Aeußerungen Suvichs praktisch ohne jede Bedeutung sein.

Friedensrede Roosevelts

× **Washington, 12. November**

Wie alljährlich, wurde am 11. November im ganzen Lande der Gefallenen des Weltkrieges gedacht. Am Grab des Unbekannten Soldaten hielt Präsident Roosevelt eine Rede, in der er den Wunsch, die Vereinigten Staaten vor einem Krieg zu bewahren, und den festen Willen, in jeder nur möglichen Weise den Frieden zu fördern, als die beiden Leitsätze seiner Regierung bezeichnete. Roosevelt fügte hinzu, daß die amerikanische Regierung auch dadurch dem Frieden diene, daß sie klare und eindeutige Begriffe verwende und einen Krieg auch „Krieg" nenne, wenn es sich um einen bewaffneten Einfall in ein fremdes Land und Tötung von Menschen ohne Kriegserklärung handle. Die aufwachsende Generation wisse nicht, was Krieg bedeute. Der Begeisterung und dem kurzen Wohlstand der Kriegszeit folge unweigerlich der wirtschaftliche und soziale Zusammenbruch. Amerika werde daher weiterhin für den Weltfrieden arbeiten, aber selbstverständlich gleichzeitig für eine angemessene Verteidigung seiner Landesgrenzen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sorgen.

Note der italienischen Regierung

Drohung mit Austritt aus dem Völkerbund — Ankündigung von Gegenmaßnahmen

× **Rom, 12. November.** (Durch Funkspruch)

Die italienische Regierung hat an die Sanktionsstaaten eine Protestnote gerichtet, in der „stärkster und entschiedenster Protest gegen die Schwere und die Ungerechtigkeit" der Sühnemaßnahmen erhoben wird. Die italienische Regierung wendet ein, daß

1. die Gründe der italienischen Denkschrift keiner entsprechenden Prüfung unterzogen wurden und
2. daß der Völkerbundspakt nicht in seinen der gegenwärtigen Lage entsprechenden Bestimmungen angewendet worden sei.

Die nach der letzten Völkerbundsversammlung eingetretene Lage, so führt die Note fort, habe den italienischen Gründen und den Protesten Italiens bedeutungsvolle Bestätigung gebracht. Die Bevölkerung Abessiniens sei zahlreich gekommen, um sich unter den Schutz Italiens zu stellen. Die italienische Regierung habe die Sklaverei in den besetzten Gebieten aufgehoben und 16 000 Sklaven die Freiheit gegeben, die sie von der Regierung in Addis Abeba vergeblich erwartet hatten. Die befreite Bevölkerung sehe in Italien die Macht, die das Recht und die Fähigkeit habe, jenen hohen Schutz zu entfalten, den der Völkerbund in Artikel 22 als eine Mission der Zivilisation anerkenne. Solchen seit den Genfer Entscheidungen eingetretenen Ereignissen müsse der Völkerbund Rechnung tragen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Die Note bestreitet dann die Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses, der die Sanktionen beschlossen habe, und wendet sich dann mit aller Schärfe gegen das Waffenausfuhrverbot nach Italien und die Aufhebung des gleichen Verbotes zugunsten Abessiniens. Eine solche Maßnahme, heißt es in der Note, sei weit davon entfernt, die Beendigung des Konflikts zu erleichtern, sie nähre nur seine Schwierigkeiten und drohe, seine Dauer zu verlängern.

Die italienische Regierung wendet sich in der Protestnote weiter gegen die zahlreichen Maßnahmen von wirtschaftlichem und finanziellem Charakter, die gegen Italien ergriffen wurden. Solche Sanktionen würden zum ersten Male gegen Italien angewendet werden unter Umständen, die die italienische Regierung und das italienische Volk als ungerecht und willkürlich empfinde und gegen die die Regierung stärkste Verwahrung einlegen müsse. Die Note weist auf die Folgen dieser Maßnahmen für die gesamte Weltwirtschaft hin und fährt dann fort:

„Niemand wird das Recht und die Notwendigkeit bestreiten können, die eigene Existenz des italienischen Volkes zu verteidigen und zu sichern. Die italienische Regierung wird daher verpflichtet sein, Maßnahmen von wirtschaftlichem und finanziellem Charakter zu ergreifen. Die Unterbindung des ganzen italienischen Exportes ist mehr als eine wirtschaftliche Maßnahme, sie ist ein wahrer Akt der Feindschaft, der die unvermeidlichen Gegenmaßnahmen Italiens voll rechtfertigt.

Die Sanktionen und Gegensanktionen, so wird weiter betont, würden schließlich die schwersten moralischen und psychologischen Folgen nach sich ziehen, indem sie eine Verwirrung der Geister beschwören, die viel länger dauern könne, als die Folgen der Sanktionen selbst. Italien hat sich bisher von der Genfer Institution nicht lösen wollen, ungeachtet seiner Gegnerschaft gegen das Vorgehen, das zum Schaden Italiens unternommen wurde; denn Italien wünscht zu vermeiden, daß dieser Konflikt zu noch schwierigeren Komplikationen führt. Im übrigen hat die italienische Regierung ihrerseits unterdessen alle Dispositionen getroffen, um zu verhindern, daß sich aus der gegenwärtigen Lage noch neue Gefahren entwickeln."

Die Not schließt: Die italienische Regierung wird sich freuen, zu wissen, in welcher Weise jede Regierung in freier und souveräner Willensbildung die Absicht hat, sich gegenüber den Zwangsmaßnahmen zu verhalten, die gegen Italien vorgeschlagen wurden.

Zunächst Einfuhrkontrolle

× **Rom, 12. November.** (Durch Funkspruch)

Nach einer im Amtsblatt veröffentlichten Verfügung werden fast sämtliche zur Einfuhr nach Italien bestimmten Waren angabepflichtig und bedürfen einer besonders einzuholenden Erlaubnis, um eingeführt zu werden. Auf der Liste sind u. a. Schweinefleisch, Butter, Kaffee, Kakao, verschiedene Luxuswaren, Leder, Seide und zahlreiche Metalle aufgeführt.

London—Nanking—Tokio

Die neue Spannung im Fernen Osten

In London hat man sich heute über den Zwischenfall in Schanghai wieder etwas beruhigt, da die chinesischen Behörden die japanischen Forderungen zu erfüllen bereit sind und anderseits Japan erklärt, mit einer „lokalen Regelung" der Angelegenheit zufrieden sein zu wollen. Etwas schwieriger sieht es allerdings auf dem Gebiet der Finanzfragen aus. Der Entschluß der Nankingregierung, zur kontrollierten Papierwährung überzugehen und alle Silbervorräte in den Hauptbanken von Nanking und Schanghai zu konzentrieren, hat bekanntlich scharfen Widerstand Japans hervorgerufen. In Japan ist man der Meinung, daß hinter dem neuen Währungsgesetz England stehe, das China in die Gruppe des Sterlingblocks hineinziehen wolle.

Es spricht in der Tat manches dafür, daß England darauf ausgeht, sich die finanziellen Schwierigkeiten Japans zunutze zu machen und der seit dem Kriegsende erheblich geschmälerten englischen Einfluß in China und in Ostasien überhaupt zu verstärken, wenn man in London auch erklärt, keinen Einfluß auf die Maßnahmen Nankings genommen zu haben. Der englische Finanzsachverständige Leith-Ross hat, wie erinnerlich, mit Japan über eine gemeinsame finanzielle Stützungsaktion für China verhandelt, und auch heute wieder wird in London betont, daß man großen Wert auf Zusammenarbeit mit Japan lege. Tokio hat jedoch keine Lust, den englischen Plänen zuzustimmen, da man China als das Gebiet des unbestrittenen eigenen Einflusses betrachtet, den man nicht mit andern, am wenigsten mit England teilen möchte.

Nach einer Reutermeldung soll der japanische Militärattaché bei seinem Protestschritt in Nanking erklärt haben, daß durch die Konzentrierung der im Lande umlaufenden Silbergelder die nordchinesische Wirtschaft zusammenbrechen müsse. Dadurch würden die japanischen Bemühungen, die Wirtschaft Nordchinas wieder aufzubauen, zu nichte gemacht. Der tiefere Grund des japanischen Einspruches dürfte jedoch darin liegen, daß mit der Währungsreform die Kontrolle Japans über Nordchina sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht stark eingeschränkt würde. Deshalb auch verstärken sich jetzt wieder die Bestrebungen der japanischen Militärkreise, die chinesischen Nordprovinzen von Nanking zu lösen und in das japanische Interessengebiet endgültig einzugliedern. Damit glaubt Japan, den englischen Bestrebungen am wirksamsten begegnen zu können.

Auch diese neuen Auseinandersetzungen im Fernen Osten stehen in gewissen Zusammenhang mit dem abessinischen Konflikt. England will die Schwächung der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft Japans, die sich in der Durchdringung Mandschukuos zum großen Teil verbraucht, zu einer Wiedererstarkung seiner Stellung ausnutzen. Japan jedoch ist weniger denn je geneigt, eine solche Politik zuzulassen. Es ist überzeugt davon, daß England im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem es durch die Entwicklung im Mittelmeer und in Afrika so stark in Anspruch genommen ist, sich nur mit halber Kraft der Wahrung seiner ostasiatischen Interessen annehmen kann. In diesem Umstand sieht Japan eine Gelegenheit, seine Stellung als ostasiatische Vormacht auszubauen und vielleicht noch in viel höherem Maße als bisher vollendete Tatsachen zu schaffen.

Ministerpräsident Hodza

In Prag ist nach einigen Tagen politischen Hochbetriebs wieder etwas Ruhe eingetreten. Benesch hat sein Vertrauensvotum erhalten, und der Wechsel in der Ministerpräsidentschaft ist reibungsloser vor sich gegangen, als es nach dem Verhalten der Marxisten zunächst anzunehmen war. Man hatte bekanntlich den vor kurzem erfolgten Tod des Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Bradatsch, zum Anlaß genommen, eine Aenderung in der Führung des Kabinetts vorzunehmen, die von außerordentlicher politischer Bedeutung ist und wahrscheinlich in absehbarer Zeit noch zu weiteren wichtigen politischen Veränderungen überleiten wird. Um die Bedeutung der Auswechslung des bisherigen Ministerpräsidenten Malypetr, der nach den Vereinbarungen unter den Koalitionsparteien auf den Posten des Präsidenten des Abgeordnetenhauses gekommen ist, gegen den bisherigen Landwirtschaftsminister Dr. Hodza würdigen zu können, muß man sich kurz das Ergebnis der letzten Wahlen in der Tschechoslowakei am 5. Mai 1935 vergegenwärtigen.

Die tschechischen Agrarier, denen sowohl Malypetr als auch Hodza angehören, blieben mit ihren 45 gegen früher 47 Abgeordnetenmandaten zwar die stärkste Partei des Parlaments. Aber die Regierungskoalition war durch den überwältigenden Erfolg der Henleinbewegung, die die an der Regierung teilhabenden deutschen Agrarier, den Bund der Landwirte, fast zerrieb und die Zahl der Mandate der ebenfalls an der Regierung teilhabenden deutschen Sozialdemokraten um die Hälfte verminderte, so schwach geworden, daß auch die Hinzunahme der tschechischen Gewerbepartei mit ihren 17 Mandaten die Basis der neuen Regierung Malypetr nicht so zu stützen vermochte, daß eine reibungslose Regierungsarbeit gewährleistet war. Infolgedessen mußten sich die grundsätzlichen Gegensätze innerhalb der Regierung — zwischen den rechts orientierten Agrariern und den Sozialdemokraten — noch viel schärfer und heftmender geltend machen, als es früher schon der Fall gewesen war. Die schwere wirtschaftliche Notlage der Tschechoslowakei erforderte vor allem ein klares Wirtschaftsprogramm, das aber weder nach der einen, noch nach der andern Seite mit einer weltanschaulich so verschieden zusammengesetzten Regierung von Agrariern und Sozialdemokraten zu verwirklichen war. Zum Exponenten der Agrarier war immer mehr — schon vor den Wahlen — der Landwirtschaftsminister Dr. Hodza geworden, der gegen den Sturm der Sozialdemokraten das Getreidemonopol durchgesetzt hatte und auch noch weitere Monopole zur Lösung der immer brennender werdenden landwirtschaftlichen Fragen erstrebte. Ministerpräsident Malypetr war den Schwierigkeiten der Gesamtlage nicht mehr gewachsen, und so hat er jetzt den Tod des Kammerpräsidenten Bradatsch benutzt, sich von der Führung des Kabinetts zurückzuziehen.

Der neue Ministerpräsident Dr. Hodza ist der Nationalität nach Slowake, so daß zum ersten Male ein Nichttscheche Ministerpräsident ist. Dr. Hodza ist Universitätsprofessor und Führer der slowakischen Bauern, die mit den tschechischen Agrariern zusammengehen und die radikalen Forderungen der slowakischen Volkspartei, die die Autonomie der Slowakei verlangt, nicht unterstützen. Dr. Hodza steht auf dem Boden einer ständischen Wirtschaftsorganisation, einer „dirigierten Wirtschaft", wie er es nennt, oder einer „kollektivistischen Demokratie". Er hat früher, vor den Wahlen, schon den Gedanken vertreten, die konservative Mitte, gebildet durch die tschechischen und die deutschen Agrarier, müsse erweitert werden durch die Gewerbetreibenden und eine auf ständischer Grundlage stehende städtische Partei in beiden Lagern. Er will also die „konservative Mitte" durch die tschechische Gewerbepartei verstärken, was ja schon durch deren Hinzuziehung zur Regierung ihren Ausdruck gefunden hat, und denkt ferner an die tschechischen Nationalsozialisten des Außenministers Benesch, auf deutscher Seite aber folgerichtigerweise wohl auch an die Partei Henleins.

Da Hodza selbst Angehöriger einer Minderheitsnationalität der Tschechoslowakei ist, bringt er von Hause aus ein gewisses gesundes Verständnis für die einzelnen Volksgruppen des Staates mit, das seine Schulung bereits im ungarischen Parlament erhalten hat, wo Hodza Vertreter der Minderheiten und Vorsitzender des Nationalitätenklubs des ungarischen Reichstages war. Er gehört zu jener Gruppe der tschechischen Agrarier, die an die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen in der Tschechoslowakei glauben, ihn zur Sicherung des Bestandes des tschechoslowakischen Staates vielleicht sogar für notwendig halten, aber auch die Möglichkeit einer, zunächst wirtschaftlichen, Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit dem Deutschen Reich erkennen. Daß sich bei Dr. Hodza infolgedessen eine innere Abneigung gegen die sowjetrussische Politik